

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

4. Ministerrat

26. Juni 2019

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 11. Juni 2019, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2019 betreffend „Ausstieg aus EURATOM“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 11. Juni 2019, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2019 betreffend „Förderung der Recyclingfähigkeit von Dämmstoffen“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 11. Juni 2019, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2019 betreffend „gesetzliche Legitimation für Schülerparlamente auf Landesebene“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 23. Mai 2019, mit dem ein Beschluss vom 10. April 2019 betreffend „Schaffung von Anreizen für einen längeren Verbleib in der Erwerbstätigkeit“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Bürgermeisters von Wilhering vom 4. Juni 2019, mit dem eine Resolution vom 3. Juni 2019 betreffend „Keine Inbetriebnahme des AKW Mochovce 3“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Bürgermeisters von Alkoven vom 12. Juni 2019, mit dem eine Resolution vom 7. Juni 2019 betreffend „Rettet die Bienen – für den Schutz von Böden und Artenvielfalt“ vorgelegt wird.
7. E 77-NR/XXVI.GP vom 12. Juni 2019 betreffend "die Freilassung Murtaja Qureiris und die Schließung des Abdullah-Zentrums" (Wortlaut siehe Beilage).
8. E 78-NR/XXVI.GP vom 12. Juni 2019 betreffend "Bekanntnis zur Volksanwaltschaft und ihrer langfristigen Ausfinanzierung" (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 12. Juni 2019

betreffend die Freilassung Murtaja Qureiris und die Schließung des Abdullah-Zentrums

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, wird ersucht,

1. alle ihr politisch und diplomatisch zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die Hinrichtung des Jugendlichen Murtaja Qureiris zu verhindern und seine Freilassung zu erwirken,
2. vom Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen König Abdullah bin Abdulaziz Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog (kurz „Errichtungsübereinkommen“) zurückzutreten (Art XVIII Errichtungsübereinkommen), sowie
3. das entsprechende Abkommen über den Sitz des Internationalen König Abdullah bin Abdulaziz Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog (kurz „Amtssitzabkommen“) zu kündigen (Art 23 Amtssitzabkommen).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 12. Juni 2019

betreffend Bekenntnis zur Volksanwaltschaft und ihrer langfristigen Ausfinanzierung

Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, die langfristige finanzielle und personelle Ausstattung der Volksanwaltschaft derart zu sichern, dass diese allen ihr zugewiesenen Aufgaben vollumfänglich nachkommen kann und ein nachhaltiges Bekenntnis zum Bestehen der Volksanwaltschaft als unabhängige Institution abzugeben.